



Krisenresilienz bei Extremhitze stärken

Rheintal, August 2029, 14 Tage Hitze mit Höchsttemperaturen bis zu 44 Grad, zum großen Teil Tropennächte. Rettungsdienste sind überlastet, Notaufnahmen und Arztpraxen sind voll. Menschen sitzen in überhitzten Wohnungen. Viele Krankenzimmer und Behandlungsräume sind wegen zu hoher Temperaturen gesperrt. Das Gesundheitspersonal fällt reihenweise aus. Auch Sozialeinrichtungen sind von Personalausfällen betroffen und können ihr Angebot kaum noch aufrechterhalten.

Deutschland ist auf Krisenlagen durch Extremhitze bislang nicht ausreichend vorbereitet

Mit zunehmender globaler Erwärmung wächst die Gefahr für solche langanhaltenden, extremen Hitzeperioden. Stabile Hochdrucklagen, wie Hitzedome, mit langanhaltenden hohen Temperaturen ohne nächtliche Abkühlung stellen eine große Belastung für Gesundheits-, Pflege- und Sozialwesen und die kritische Infrastruktur dar, insbesondere wenn sie großräumig auftreten. Anders als bei anderen Extremwetterereignissen entwickeln sich die Folgen oft schleichend, kumulativ und zeitverzögert. Menschen mit Unterstützungsbedarf sind für die zuständigen Strukturen zudem oft nicht sichtbar. Gerade deshalb wird die Tragweite politisch und administrativ noch zu häufig unterschätzt.

Wer Deutschland krisenresilient machen will, muss Hitze und andere Extremwetterlagen systematisch mitdenken. Zwar wurden in den vergangenen Jahren erste wichtige Schritte im Hitzeschutz unternommen. Doch für ausgeprägte, mehrtägige oder sich überlagernde Extremhitzelagen sind Politik, Verwaltung und Institutionen bislang nicht vorbereitet.

Notwendig sind:

- Klare Zuständigkeiten und die Integration von Extremhitze in Krisenvorsorge und Katastrophenschutz
- Effektive soziale Schutzstrukturen für Risikogruppen
- Ein vorbereitetes und gestärktes Gesundheits-, Pflege- und Sozialwesen
- Finanzierung von resilienten Prozessen, Belegschaften, Einrichtungen, Quartieren und Infrastrukturen

Das Bündnis zum Hitzeaktionstag setzt sich dafür ein, dass Krisenresilienz bei Hitze als konkrete gesellschaftliche und staatliche Handlungsaufgabe verstanden wird. Krisenresilienz bei Extremhitze ist keine ferne Zukunftsaufgabe. Sie ist eine unmittelbare öffentliche Verantwortung.

Extremhitze verbindlich in Krisenvorsorge und Katastrophenschutz integrieren

Warnungen allein schützen nicht. Entscheidend ist, dass aus ihnen verbindliche Schritte folgen: Aktivierung von Krisenstäben, gezielte Kommunikation und zentrale Kontaktmöglichkeiten, erweiterte Erreichbarkeit relevanter Dienste, Maßnahmen in Einrichtungen oder der Schutz besonders belasteter Arbeitsbereiche. Ohne diese Elemente bleibt Hitzeschutz zu unverbindlich. Hitzeaktionspläne müssen daher konkrete Maßnahmen verbindlich an Warnstufen koppeln.

Dafür muss Hitze als relevante Gefahrenlage in den Strukturen von Krisenmanagement und Katastrophenschutz verankert werden. Bund, Länder und Kommunen müssen ihre Verantwortlichkeiten klar definieren, Warn- und Eskalationslogiken weiterentwickeln und mit konkreten Entscheidungswegen verknüpfen. Notwendig sind belastbare Lagebilder, abgestimmte Kommunikationsstrukturen und regelmäßige Übungen, damit im Ereignisfall schnell und koordiniert gehandelt werden kann.

Berufsgruppen wie Pflege und Soziale Arbeit sollten in Hitze-Krisenstäben und als Akteur*innen in Prozesse des Katastrophenschutzes integriert sein.

Besonders gefährdete Menschen gezielt schützen und aufsuchende Strukturen stärken

Kommunen und soziale Infrastrukturen müssen in die Lage versetzt werden, besonders gefährdete Menschen besser zu erreichen und zu schützen, niedrigschwellige Hilfen zu organisieren und im Ernstfall verlässlich zu handeln. Dafür braucht es zielgruppenspezifische und mehrsprachige Information und Kommunikation sowie freiwillige Registrierungsmöglichkeiten und Kontaktstrukturen für vulnerable Haushalte, um diese im Krisenfall gezielt erreichen und unterstützen zu können. Aufsuchende Strukturen und barrierefreie, kühle Notunterkünfte müssen als fester Bestandteil kommunaler Krisenpläne etabliert werden.

Eine bessere Verzahnung von Gesundheitsdaten, sozialräumlicher Analyse und Planung ist entscheidend um besonders betroffene Bevölkerungsgruppen wirksam zu erreichen.

Hitzeschutz ist auch eine soziale Aufgabe: Die Erfahrungen aus Frankreich zeigen, dass gezielte soziale Maßnahmen Leben retten können. Die Bevölkerung ist nicht ausschließlich schutzbedürftig, sondern auch Akteurin mit eigenen Ressourcen, Erfahrungen und Handlungsmöglichkeiten. Nachbarschaften, Sozialdienste, ambulante Pflege, pflegende Angehörige, Selbsthilfeorganisationen und die ambulante ärztliche Versorgung sind entscheidend für die Krisenbewältigung und müssen somit frühzeitig eingebunden und vernetzt werden.

Wo solche Strukturen fehlen, braucht es gezielte Unterstützung, etwa Nachbarschaftszentren, Buddy-Systeme oder lokale Hitze-Teams.

Gesundheits-, Pflege- und Sozialwesen hitzeresilient aufstellen

Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, ambulante Versorgung, Praxen, Rettungsdienste und soziale Dienste übernehmen in Hitzelagen eine Schlüsselrolle. Entscheidend sind einrichtungsspezifische Hitzepläne, Schulungen, vorbereitete Abläufe für Belastungsspitzen, der Schutz von Patient*innen, Bewohner*innen und Personal sowie eine enge Anbindung an kommunale und regionale Krisenstrukturen.

Prävention und frühzeitige Unterstützung müssen dabei ebenso gestärkt werden wie die Versorgung im Akutfall. Gerade ambulante, pflegerische und sozialarbeiterische Strukturen sind zentral, um gesundheitliche Eskalationen frühzeitig zu verhindern. Gleichzeitig braucht es im Gesundheitswesen eine stärkere Berücksichtigung von Hitzebelastungen für Beschäftigte. Einrichtungen können nur dann verlässlich schützen und versorgen, wenn auch ihr Personal unter extremen Bedingungen arbeitsfähig bleibt.

Finanzierung von resilienten Prozessen, Belegschaften, Einrichtungen, Quartieren und Infrastrukturen

Krisenresilienz bei Extremhitzeereignissen beginnt lange vor dem Ereignisfall. Daher müssen Hitzeschutz und Hitzevorsorge bei finanziellen Rahmenbedingungen und Investitionen berücksichtigt werden. Sie wird durch klare Zuständigkeiten bei Hitzeextremen, hitzekompetente Belegschaften, hitzeresiliente Gebäude, angepasste Stadt- und Freiraumplanung, sowie robuste kritische Infrastrukturen aufgebaut. Vorsorge ist kostengünstiger als die teure Nachsorge bei entstandenen, großen Schäden. Das gilt insbesondere auch für die Wirtschaft. Soziale und gesundheitliche Einrichtungen, Schulen, Kitas und Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge, müssen dabei besonders berücksichtigt werden. Damit dies gelingt, braucht es eine verlässliche, langfristige Finanzierung. Hier sind Bund und Länder in der Pflicht, Kommunen und Einrichtungen zu unterstützen und eine dauerhaft leistungsfähige Finanzierungsstruktur sicherzustellen, z. B. durch einen zielgerichteten Einsatz des Sondervermögens für Infrastruktur und Klimaneutralität sowie als zu ergänzende Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz, um bestehende Finanzierungshindernisse durch den Bund zu beheben.